



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/186 - 16.8.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zum Schmutz- und Schundgesetz	S. 1
Muß Eisenhower umlernen ?	S. 3
Tauziehen um Bundesgrenzschutz-Verstärkung	S. 4
Schöne Aussichten ...	S. 5

Jugend und Buch

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die Flut minderwertiger Abenteuer- und Kriminalgeschichten, die sich bewußt an die Jugend wenden, ist in gefährlichem Steigen begriffen. Gegenüber dieser wahrhaft ernstesten Bedrohung mehrten sich die Vorschläge zur Eindämmung und Abhilfe.

Für das geistige Klima der westdeutschen Bundesrepublik ist es bezeichnend, daß in der Diskussion über dieses Problem die Akzente von vornherein falsch gesetzt wurden. Es geht nämlich in erster Linie nicht um die Bewahrung der Jugend vor Schundliteratur, sondern darum, die Jugend mit gutem Schrifttum in Verbindung zu bringen. Ein Schmutz- und Schundgesetz läuft immer Gefahr, in bürokratische Bespitzelung der gesamten Literatur auszuarten. Die vorliegende Fassung eines Gesetzes "Zur Bekämpfung des Vertriebs jugendgefährdender Schriften", das voraussichtlich nach der Sommerpause zur zweiten und dritten Lesung ins Plenum des Bundestages gehen wird, schließt diese Gefahr keineswegs aus, sondern erhöht sie sogar im Vergleich zu dem ähnlichen Gesetz der Weimarer Zeit. Ein komplizierter Apparat von Prüfstellen, den die Öffentlichkeit nicht einmal ordentlich kontrollieren kann, wird stets versucht sein, selbtherrlich zu werden, von der praktischen Wirkungslosigkeit solcher Einrichtungen gar nicht zu reden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb vor einiger Zeit einen Antrag eingebracht, der in praktische Einzelheiten gehende

Maßnahmen zur Förderung guter Jugendliteratur vorsieht. Je 500000 M sollen als Ausfallbürgschaft für Verlage, die sich bemühen, wertvolle Bücher für Kinder und Jugendliche zu möglichst niedrigen Preisen herauszubringen und für die Ausstattung von Schulen und Jugendbüchereien mit wertvollen Jugendbüchern bereitgestellt werden. 50000 M sollen als Prämien für die Verfasser von 20 wertvollen Jugendbüchern ausgesetzt werden.

Bei der Verwirklichung dieses Antrages wird es vor allem darauf ankommen, den Begriff "wertvolles Jugendbuch" klar zu umreißen. Wohlmeinende Jugendbücher laufen allzu oft Gefahr, in den Büchereien, Buchhandlungen und Kiosken zu verstauben, weil sie ängstlich bemüht sind, alle dunklen Seiten, die das Leben nun einmal hat, zu verschweigen, damit angeblich die jugendliche Phantasie nicht überreizt werde. Chemisch gereinigte Langeweile aber hat noch nie und nirgends die Jugend gefesselt. Warum sollte man nicht versuchen, Reihen von wirklich lebendigen und doch ethisch und ästhetisch sauberen Abenteuer geschichten zu schaffen, die sich jeweils um einen Helden ranken? Gerade das Moment der Fortsetzung, das neue Abenteuer desselben Helden verspricht, reizt doch die Jugend immer wieder, zu primitiven Schmökern zu greifen. Es wäre verhängnisvoll, zu meinen, man könnte diese Hefte durch moralisierende Traktätchen ersetzen, auch wenn man sie noch so preiswert anbietet.

Bei der Verteilung von Büchern an Bibliotheken sollte man den Kinder- und Jugendbüchereien vor allem Beachtung schenken, bevor man Experimente der Neugründung von besonderen Jugendbuchvertrieben und ähnlichen Organisationen macht. Durch häufigen Besuch der Bücherei wächst der Jugendliche ganz von selbst in die Welt der guten Literatur hinein und wird auch als Erwachsener der Bücherei treu bleiben, die er als Kind und Jugendlicher ständig benutzte. Dadurch könnte gleichzeitig ein Stück demokratischer Erziehung geleistet werden.

Die Sucht nach minderwertiger Lektüre ist ja nur ein Teil eines viel tieferen kulturellen und sozialen Problems, das mit dem Schlagwort "Masse und Kultur" nur ungenau und unzureichend umschrieben werden kann. Will man gegen alle die Erscheinungen auf diesem weiten Gebiet mit Aussicht auf Erfolg angehen, wird man sich nicht mit Abwehr und Schutz begnügen können. Unerlässlich ist vielmehr ein Programm, das solchen Gefahren durch eine eigene praktische Gegenwirkung vorbeugt.

Muß Eisenhower umlernen ?

-f- Was bis zum Wahltag im November von den Bewerbern um den amerikanischen Präsidentenposten gesagt wird, darf man nicht ohne weiteres für bare Münze nehmen. Sie sind um der Stimmenwerbung willen zu dialektischen Eiertänzen gezwungen, wodurch sich so manche Widersprüche erklären. Aber es gibt grundsätzliche Fragen, denen sie nicht ausweichen können, selbst wenn sie lieber darüber schweigen, und es gibt Persönlichkeiten in ihrem Umkreis, deren Wort Gewicht hat.

Dazu gehört zweifellos John Foster Dulles, der das außenpolitische Parteiprogramm der Republikaner entworfen hat, und der im Falle eines Sieges Eisenhowers bei der Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik eine bedeutende Rolle spielen, wahrscheinlich sogar das Außenministerium leiten wird. Dieser ehemalige außenpolitische Berater Trumans hat in diesen Tagen eingehend mit Eisenhower konferiert. Das Ergebnis dieser Gespräche liegt in einer Erklärung vor, die alle Aufmerksamkeit verdient. Dulles kündigt darin nicht nur an, daß die Außenpolitik Hauptthema des republikanischen Wahlkampfes sein wird, sondern auch, wie sie im Falle eines republikanischen Wahlsieges aussehen soll.

Es ist seit längerer Zeit bekannt, daß Dulles mit der Außenpolitik Trumans und Achesons, an der er selbst mehrere Jahre einen wesentlichen Anteil hatte, unzufrieden ist. Der Grund dieser Unzufriedenheit lag und liegt in dem alten republikanischen Vorwurf der Vernachlässigung der amerikanischen Interessen in Asien. Es gilt für die Republikaner als ausgemacht, daß China nicht durch die Korruption und Unfähigkeit des Tschiang Kai-schek-Regimes an die Kommunisten verlorengegangen ist, sondern durch die Schuld Washingtons, das dieses Regime nicht genügend unterstützt habe. Diese These ist zwar gründlich widerlegt, aber das hält die Republikaner der Schule Tafts und MacArthurs nicht ab, dabei zu bleiben.

Die Eroberung Chinas durch die Kommunisten hat die Situation in Asien so grundlegend verändert, daß die Regierung Trumans erhebliche Anstrengungen gemacht hat, möglichen weiteren Gefahren zu begegnen. Daraus ist die Politik der "Eindämmung" des Kommunismus

entstanden, deren Hauptgewicht aber auf Europa gelegt wurde. Einer der Hauptträger dieser Politik war General Eisenhower; der Hauptbefürworter einer Verlegung des Schwergewichtes auf den Fernen Osten war Senator Taft. Da Eisenhower den Rivalen Taft im Kampf um die Präsidentschaftskandidatur zwar geschlagen hat, muß aber den gewaltigen Anhang des Senators versöhnen muß, hatte Dulles leichtes Spiel, den General für eine starke Betonung des Fernen Ostens in der Außenpolitik zu gewinnen.

Im Einverständnis mit Eisenhower hat Dulles bekanntgegeben, daß Asien in der Außenpolitik eine weit stärkere Aufmerksamkeit gewidmet werde, falls den Republikanern im November der Sieg zufalle. Da auch die Mittel und Möglichkeiten der Vereinigten Staaten ihre Grenzen haben, kann das nur auf Kosten Europas gehen. Ein Präsident Eisenhower würde zwar nicht allzu starke Einbrüche an das von dem General Eisenhower in Europa aufgebaute Werk dulden. Aber nach einem Wahlsieg hätte er es mit einem Senat zu tun, in dem Taft den beherrschenden Einfluß hat. Wenn dann der Außenminister auch noch Dulles heißen sollte, so wird man sich auf merkliche Veränderungen in der amerikanischen Haltung gegenüber Europa gefaßt machen müssen.

+ + +

Praktischer Ausweg

(sp) Die erhöhte Unsicherheit an den Grenzen zur sowjetischen Besatzungszone hat dem Wunsch des Bundesinnenministeriums nach einer Verstärkung des Bundesgrenzschutzes um 10000 auf 20000 neuen Auftrieb gegeben. Gegen eine solche Verstärkung bestehen nach wie vor Widerstände, die sich vor allem auf die Gefahr einer mißbräuchlichen Verwendung eines so verstärkten Grenzschutzes beziehen. Auch hat der Bundesfinanzminister, wenn wir richtig unterrichtet sind, entgegen einem kürzlich veröffentlichten Bericht bisher diesem Vorhaben wegen der damit verbundenen Kosten seine Zustimmung versagt.

Von sachkundiger Seite wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß der Bund aufgrund eines bestehenden Verwaltungsabkommens durchaus die Möglichkeit hat, über einen Teil (im Höchsthalle ein Viertel) der Landesbereitschaftspolizei für seine Zwecke zu verfügen, ohne daß der Art. 91 GG angewendet zu werden braucht. Da die Stärke der Landesbereitschaftspolizei zur Zeit rund 8000 Mann beträgt, würde es sich bei den zur Verfügung stehenden Formationen um rund 2000 Mann handeln, die durchaus einen beachtenswerten zusätzlichen Schutz darstellen könnten.

Durch einen solchen Schritt würde einem nach Regierungsauffassung bestehenden dringenden Bedürfnis sofort Rechnung getragen werden können, während es ein halbes bis ein Jahr dauern würde, um auf dem Wege über die ordentliche Verstärkung des Bundesgrenzschutzes den erwünschten Effekt zu erzielen.

+ + +

Schöne Aussichten für die Montan-Union ...

Aus Bremen wird uns geschrieben:

Um die Wirtschaftsunion der Beneluxstaaten ist es seit einigen Jahren recht still geworden. Belgien ist inzwischen - dank seiner Uranerzlager im Kongogebiet - zu einem wirtschaftlich außerordentlich starken Lande unseres Kontinentes geworden, während Holland die wertvollsten Teile seines Kolonialreiches hat opfern müssen, um Indonesien - allerdings nur dem Namen nach - noch für eine holländisch-indonesische Union zu retten, aus der die ehemalige Kolonie gegenwärtig wieder ausbrechen will.

Im Frühjahr dieses Jahres nun stellte die niederländische Textilwirtschaft fest, daß sie den niedrigen Angeboten der belgischen Konkurrenz nicht mehr folgen konnte, die sich die Zollbegünstigungen der Beneluxunion zunutze machen konnte. Die Folge war eine zeitweise Schließung der Fabriktore.

Nun hatten andererseits die Holländer eine hervorragende Ausgangsposition auf dem Gebiet der Baustoffherzeugung, insbesondere soweit es sich um Ziegeleierzeugnisse handelte. Da zudem die belgischen Eisenbahnen im Juli dieses Jahres ihre Gütertarife erhöht hatten, konnten die im Rheinmündungsgebiet äußerst günstig gelegenen niederländischen Ziegeleien die belgische Konkurrenz ihrerseits erheblich unterbieten. Die Holländer waren - angesichts der Benelux-Zollvergünstigung - in den Städten Belgiens nicht zu schlagen, die, wie z.B. Antwerpen, in Grenznähe auf dem Wasserweg zu beliefern waren.

Daraufhin hielt es die belgische Regierung urplötzlich für notwendig, besondere Bestimmungen für die Ausschreibung von Materialangeboten zu erlassen! Selbstverständlich können ausländische Firmen, wie bisher, ihre Materialien in Belgien auf Verwendbarkeit prüfen lassen und dann als Muster hinterlegen, um danach Angebote in Belgien abzugeben - nur ist diese Prüfung und Hinterlegung jetzt nur noch mit einer besonders einzuholenden Genehmigung des zuständigen Finanzministeriums möglich! Und zudem dürfen belgische Firmen und Baubehörden ab sofort keinerlei Materialeigenschaften und Abmessungen für Baumaterialien mehr vorschreiben, die nicht von belgischen Produkten erfüllt werden können.

Damit schließt sich der Kreis wieder: Da andersartige Materialien nicht mehr gefordert werden dürfen, kann das Ministerium die Bedürfnisfrage leichten Herzens verneinen und mit dieser Begründung die Zulassung ablehnen. Die Rechnung, die niederländische Konkurrenz (unter Wahrung der Benelux-Vertragstreue!) vom belgischen Baustoffmarkt mit zwei so harmlosen Regierungsverordnungen zu vertreiben, wird wohl aufgehen.

Das geschieht also in der Praxis der Wirtschaftsunionen an einem so geringfügigen Beispiel und am grünen Holz der belgisch-niederländischen Beziehungen. Schöne Aussichten für die Intrigen und Machenschaften im großen Maßstab zwischen Partnern von traditioneller Rivalität...

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau